



# Brief aus Berlin

Ausgabe 06|2016

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber



## Brexit: Austrittsverhandlungen schnell beenden

Großes Bedauern über den Ausgang des EU-Referendums in Großbritannien



Liebe Leserinnen und Leser,

der Tag nach dem Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU ist ein schwarzer Tag für Europa. Gerade als ehemalige Europaabgeordnete bedauere ich die Entscheidung der britischen Bevölkerung über den EU-Austritt zutiefst. Wir müssen das Votum der britischen Wählerinnen und Wähler, die für beide Seiten – sowohl für Großbritannien als auch für die EU – ein großer Schaden ist, jedoch respektieren.

Schon auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth im Januar, bei der auch der britische Premierminister David Cameron zu Gast war, war das EU-Referendum ein zentrales Thema. Damals haben wir deutlich gemacht, dass wir ein großes Interesse daran haben, dass Großbritannien als wichtiger und aktiver Partner – auch für uns in Deutschland und Bayern – in einer starken Europäischen Union bleibt.

Doch die Briten haben sich gestern anders entschieden: Für „We're out!“ Daher müssen nun die Austrittsverhandlungen rasch durchgeführt werden. Der Respekt vor der demokratischen Entscheidung der britischen Wähler gebietet es, dass die Modalitäten über das künftige Verhältnis der EU zu Großbritannien zügig und besonnen geklärt werden. Es

kann dabei jedoch keine Sonderbehandlung für Großbritannien geben. Daher muss gelten: Austritt bedeutet Austritt, die Zeit der Rosinenpickerei ist vorbei.

Das Referendum war eine britische Abstimmung und keine europaweite. Die große Mehrheit der Menschen in den anderen Ländern will die Europäische Union nicht verlassen und sie sehen auch immer noch die Notwendigkeit und die Vorteile des Europäischen Projekts. Die Mehrheit steht klar zum europäischen Projekt. Die Zusammenarbeit in Europa ist eine Frage der Selbstbehauptung des Kontinents. Dennoch muss die Europäische Union deutliche Signale für eine Reform ihrer Politik setzen.

Europa braucht jetzt auch Zeit zur Reflexion. Die CSU will eine bürgernahe Europäische Union, in der die nationale Identität und die Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen gewahrt bleiben. Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, die Einheit in Vielfalt gestaltet. Wir brauchen eine EU, in der gilt: Mehr Europa im Großen und weniger im Kleinen. Zu meiner Zeit als Europaabgeordnete habe ich stets dafür gekämpft – für ein starkes Europa, das eine Lebensversicherung für all seine Mitgliedstaaten ist.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB

### WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Fracking: Schärfstes Regelwerk aller Zeiten
- Erfolg bei Reform der Erbschaftsteuer
- Hochwasseropfer: Insolvenzantragspflicht ausgesetzt
- Internetseite zeigt sich in neuem Gewand
- Neue Aktionen: Sommertour und Politik direkt

# Fracking: Schärfstes Regelwerk aller Zeiten

Schutz von Umwelt, Gesundheit und Trinkwasser stehen im Mittelpunkt

In dieser Woche haben sich die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD auf ein Gesetz geeinigt, das Trinkwasser vor den Eingriffen durch Fracking schützt und das sogenannte unkonventionelle Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözgestein zur Gewinnung von Erdgas



und Erdöl unbefristet verbietet. Lediglich maximal vier wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen für unkonventionelles Fracking sind unter strengsten Umweltauflagen möglich, allerdings müssen diese von den jeweiligen Bundesländern genehmigt werden. Aufgrund der geologischen Gegebenheiten kommt in Bayern kein Gebiet für Fracking in Betracht.

Auch der Rechtsrahmen für das konventionelle Fracking in

Sandstein, das in Deutschland seit den 1960er Jahren rund 300 mal vor allem in Niedersachsen durchgeführt wurde, wird erheblich verschärft. In einer Vielzahl von Gebieten ist auch das konventionelle Fracking künftig vollständig ausgeschlossen.

Die vorliegenden Gesetze sind entgegen der Diskussion in der Öffentlichkeit keine Ermöglichungsgesetze. Ganz im Gegenteil. Wir setzen mit dem Regelwerk strengste Umweltstandards um: Fracking jeglicher Art wird in sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie an Seen und Talsperren zur Trinkwassergewinnung vollständig verboten. Brunnen, aus denen Wasser zur Verwendung in Lebensmitteln gewonnen wird, werden ebenfalls in die Ausschlussgebiete einbezogen. Die Länder können darüber hinaus weitere Verbote erlassen, zum Beispiel zum Schutz von privaten Mineral- und Braubrunnen oder Heilquellen. Zudem muss für jede Form von Fracking künftig eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassender Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Das sind nur einige der Verschärfungen und Auflagen.

Für die CSU-Landesgruppe hatten der Schutz der Menschen und der Umwelt stets oberste Priorität. Mit dem Gesetzespaket bekommen wir das strengste Regelwerk, das es in Deutschland jemals gegeben hat und wir schaffen erstmals in diesem Bereich umfassende Regelungen zum Schutz von Umwelt, Gesundheit und Trinkwasser.

## Ministerin Huml bei FU

Im Mittelpunkt der Bezirksversammlung der Frauen-Union (FU) Unterfranken standen die Herausforderungen der Pflege in Bayern, zu denen Staatsministerin Melanie Huml referierte. „Unser großes Anliegen ist es, die Pflege zukunftsfest zu machen“, so Huml. Außerdem stellte die FU-Bezirksvorsitzende Dr. Anja Weisgerber die neuen Teilnehmerinnen des Mentoring-Programms vor. Aus dem Bundeswahlkreis nehmen Luna Dastager (Schweinfurt), Erika Roth (Wasserlosen), Anke Schunk (Kitzingen) und Sabrina Stemplowsky (Kitzingen) sowie Rosika Neu (Schweinfurt) teil. Das Frauenförderprogramm geht in diesem Jahr bereits in die fünfte Runde.



## Regionalzentrum eröffnet

Am vergangenen Wochenende durfte ich die Festrede anlässlich der Einweihung des neuen Regionalzentrums FREI:RAUM in Dingolshausen halten. Das neue Zentrum ist sehr schön geworden. Die Gemeinde Dingolshausen hat ihr Entwicklungspotenzial genutzt und sich getraut, mit Hilfe öffentlicher Fördermittel dieses Projekt anzugehen. Damit wurde ein Impuls für die ganze Region gesetzt. Insgesamt hat die Gemeinde hier über 3,6 Millionen Euro investiert. Ich freue mich, dass das Projekt mit rund 750.000 Euro aus dem europäischen Leader-Förderprogramm und mit über einer Million Euro aus Städtebaufördermitteln bezuschusst wurde. Dieses Geld ist gut angelegt.



# Erfolg bei Reform der Erbschaftsteuer

## CSU setzt Schutz von Arbeitsplätzen und Familienunternehmen durch

Bayern hat sich bei der Reform der Erbschaftsteuer durchgesetzt: Im Kompromiss zwischen CDU, CSU und SPD sind nur durch die CSU wichtige Verbesserungen für unsere Mittelständler und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei Betriebsübergabe enthalten.



Die CSU hat sich von Anfang an für folgende Punkte eingesetzt und jetzt sichergestellt:

- Der Schutz von Arbeitsplätzen hat höchste Priorität. Wir sichern die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer und familiengeprägter Unternehmen und ermöglichen die Übertragung an die nachfolgende Generation.
- Keine verkappte Vermögenssteuer durch die Hintertür. Wir lehnen die Heranziehung von Privatvermögen zur Berechnung der Erbschaftsteuer ab.
- Keine überbordende Bürokratie, insbesondere Kleinbetriebe bleiben verschont.
- Wir ändern nur, was rechtlich zwingend notwendig ist. Die CSU hat durchgesetzt, dass es keine Generalrevision der Erbschaftsteuer gibt. Wir halten weiter an der Verschonung von Unternehmensvermögen bis hin zu einer völligen Steuerbefreiung fest.

Die Einigung bei der Erbschaftsteuerreform ist ein beachtlicher Erfolg. Die besondere Berücksichtigung von Familienunternehmen und die Vermeidung von zusätzlicher Bürokratie sind auf die CSU zurückzuführen. Das entspricht einer unternehmensfreundlichen Ausgestaltung zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Endlich hat die wirtschaftliche Vernunft in Berlin eingesetzt. Unsere familiengeprägten Unternehmen sind Innovations- und Wachstumsmotor sowie Arbeitsplatzgarant. Gute Rahmenbedingungen für deren Wettbewerbsfähigkeit sind unendlich wichtig für unser Land. Rot-grün muss im weiteren Gesetzgebungsprozess beweisen, dass sie es ernst meinen. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und keine Verzögerungstaktik.

### Das haben wir durchgesetzt:

- Keine bürokratische Mehrbelastung für mehr als 70 Prozent der Unternehmen: Für Unternehmen mit

bis zu fünf Beschäftigten entfällt auch weiterhin die Lohnsummenprüfung für die Gewährung der Verschonung. Damit werden kleine Unternehmen mit wenigen Beschäftigten von bürokratischen Pflichten deutlich entlastet.

- Erhalt von Arbeitsplätzen und Förderung von Investitionen: Die Einigung schützt den Bestand von mittelständischen Unternehmen und garantiert den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze. Unternehmerische Investitionen aus dem Erbe dürfen nicht behindert, sondern müssen steuerrechtlich begünstigt werden.
- Steuererleichterung für Familienunternehmen: Die Reform sieht vor, dass der Unternehmenswert von Familienunternehmen bis zu 30 Prozent günstiger bewertet werden kann. Dadurch können Familienunternehmen in Familienhand weitergeführt werden.
- Keine Substanzbesteuerung: Die Zahlung der Erbschaftsteuer darf die Existenz des Unternehmens nicht gefährden. Die Steuerzahlung kann bis zu zehn Jahre gestundet werden.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kündigte an, dass die Erbschaftsteuer auf der politischen Agenda bleibe. Der CSU-Chef ist für den Augenblick mit dem Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer sehr zufrieden. „Wir hätten weitergehende Vorschläge zur Vereinfachung und zum Schutz von Arbeitsplätzen gehabt. Deshalb wollen wir eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer. Dann können wir das in Bayern noch besser umsetzen“, so Seehofer. Die CSU hält an der Regionalisierung der Erbschaftsteuer fest und nimmt diese Forderung in ihr Wahlprogramm auf.

+++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++

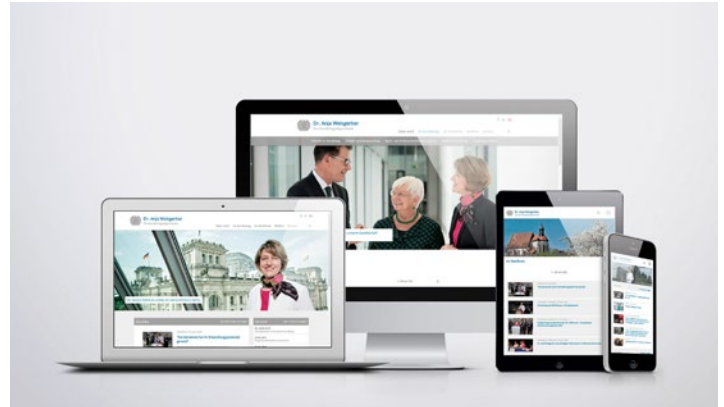
## Hochwasserofer: Insolvenzantragspflicht ausgesetzt

Der Bundestag hat eine vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für Firmen beschlossen, die unverschuldet wegen der jüngsten Unwetter in Existenznöte geraten sind. Die Initiative für diese unbürokratische Lösung ging vom bayerischen Staatsminister der Justiz, Winfried Bausback und der CSU-Landesgruppe aus. „Ich begrüße es sehr, dass wir zeitnah eine Regelung auf den Weg bringen konnten, die den Betrieben Zeit gibt, notwendige Finanzierungs- und Sanierungsverhandlungen zu führen oder Versicherungsleistungen einzufordern“, so der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Michael Frieser. Die Pflicht der Insolvenzantragspflicht, spätestens nach drei Wochen einen Insolvenzantrag zu stellen, wurde für diese besondere Ausnahmesituation bis zum 31.12.2016 ausgesetzt.

# Internetseite zeigt sich in neuem Gewand

Webauftritt von Dr. Anja Weisgerber: Klar strukturiert, bürgerfreundlich und informativ

Mein Webauftritt wurde komplett überarbeitet und präsentiert sich in neuer, klarer Gestaltung. Auf meiner Internetseite können die Bürger viele Informationen über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis einfach und direkt abrufen.



Egal ob am Smartphone, Tablet oder Computer: Die Internetseite ist schnell und von jedem Ort der Welt erreichbar und passt sich automatisch jedem Endgerät an.

Es würde mich freuen, wenn Sie einmal auf meiner neuen Internetseite vorbeischauen: [www.anja-weisgerber.de](http://www.anja-weisgerber.de)

# Neue Aktionen: Sommertour und Politik direkt

Dr. Anja Weisgerber kommt nach Hause zu den Bürgerinnen und Bürgern

In diesem Sommer plane ich als Bundestagsabgeordnete in der Zeit vom 15. bis 27. Juli 2016 eine „Sommertour“ mit vielen Terminen vor Ort. Die sitzungsfreien Wochen im Juli möchte ich noch intensiver nutzen, um auch außerhalb der Wahlkampfzeit durch meinen Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen zu reisen, Einrichtungen zu besuchen, mit den Menschen vor Ort zusammenzukommen, mit ihnen intensive Gespräche zu führen, um mir ein noch besseres Bild davon machen zu können, was die Bevölkerung beschäftigt, bewegt und sorgt. Denn Ihre Anliegen fließen regelmäßig in meine Arbeit ein.

Teil der Sommertour ist meine traditionelle Wahlkreiswanderung „Mit Anja auf Tour“, die vom 22. bis 24. Juli 2016 stattfindet. Auf die zahlreichen Begegnungen, auf neue Eindrücke und viele Informationen an den Tagen meiner Sommertour freue ich mich sehr.

Weitere Informationen zur Sommertour erhalten Sie hier: <http://bit.ly/28UFQoa>

Eingebettet in diese Sommertour starte ich das neue Format „Politik direkt“. Bei diesem Angebot komme ich zu

den Bürgerinnen und Bürgern nach Hause: Wer sich mit fünf weiteren Personen – Freunden, Interessierten, Kollegen, Nachbarn – zusammenschließt, kann mich zu einem Gespräch nach Hause, ins Vereinsheim, an den Stammtisch oder zum Kaffeeklatsch einladen, um über seine politischen Themen zu diskutieren.

Der direkte Draht zu den Menschen vor Ort ist mir enorm wichtig. Ich will vor allem zuhören sowie Anliegen und Anregungen aufnehmen. Zudem habe ich die Erfahrung gemacht, dass man im direkten Gespräch politische Entscheidungen noch besser erklären kann. „Politik direkt“ ergänzt meine regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden und Veranstaltungen.

**Die Zahl der Termine in diesem Sommer ist begrenzt. Interessierte Mitglieder können sich im Wahlkreisbüro von Anja Weisgerber telefonisch unter 09723/934370 oder per E-Mail [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de) melden.**

Dieses Angebot können Sie aber auch gerne bei Ihren Freunden und Bekannten bewerben.

## Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen  
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt  
Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385  
E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:

[www.anja-weisgerber.de](http://www.anja-weisgerber.de)

## Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343  
E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Reden und Videos auf AnjaTV:

[www.youtube.com/user/anjaweisgerber](http://www.youtube.com/user/anjaweisgerber)